

Beratungsdienste der Arbeiterwohlfahrt München gemeinnützige GmbH
Brücke München e.V.
Diakonie Hasenberg e.V.
gfi g GmbH München
Katholische Jugendfürsorge e.V.
Lotse Kinder- und Jugendhilfe e.V.
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Verein für Jugend- und Familienhilfen e.V.

Landeshauptstadt München
Sozialreferat – Stadtjugendamt München
Abteilung Erziehungsangebote – S-II-E/L
Herr
Luitpoldstr. 2
80335 München

München 22.07.2013

Ausstattung und Finanzierung von Maßnahmen nach §10 JGG im Rahmen einer Vereinbarung nach § 77 SGB VIII

Sehr geehrter Herr,

um weiterhin langfristig eine adäquate Versorgung der Münchener Jugendlichen mit Delinquenz-Hintergrund im Rahmen eines ambulanten Betreuungssettings gewährleisten zu können, bitten wir Sie im Nachgang zur letzten JGH-Trägerrunde vom 12.07.2013, folgende Punkte in Ihrem Antrag an den Stadtrat/KJHA zu berücksichtigen:

- Ihr Angebot der Senkung des Betreuungsschlüssels auf 1:20 mit Erhöhung der Fallpauschale stellt zwar eine Verbesserung der aktuellen Situation dar, deckt den Bedarf aber leider nur völlig unzureichend.
- Eine Neuorientierung der BW sollte sich nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Notwendigkeiten sondern auch an fachlichen Standards orientieren. Der entsprechende Fachverband (DVJJ e.V.) empfiehlt einen Betreuungsschlüssel von 1:10, z.B. in den Qualitätsstandards für Betreuungsweisungen des Landes Niedersachsen. Diese haben u.a. unseres Wissens zur Orientierung für die Erarbeitung der Münchner Standards gedient. Sie finden die Unterlagen anbei.
- Bei den Betreuungsweisungen handelt es sich um eine ambulante Erziehungshilfe gemäß § 27ff SGB VIII i.V.m. § 10 JGG. Insofern ist auch der aktuelle AEH-Schlüssel von 1:7,7 eine fachliche Orientierungsgröße.
- Das durchschnittliche BW-Fallaufkommen der letzten drei Jahre (2010-2012) liegt gemittelt bei ca. 3800 Betreuungsmonaten pro Jahr für die die freien Träger derzeit 18,36 Planstellen vorhalten. Dies bedeutet ein tatsächliches

Betreuungsverhältnis von 1:17,25 Fällen/Planstelle. Refinanziert wird von städtischer Seite derzeit ein Betreuungsverhältnis von 1:23. Wegen den sehr komplexen und teils multiproblematischen Fallstrukturen mit entsprechender Gefährdungslage gemäß QS-Einwertung seitens der JGH ist den Trägern kein höheres Betreuungsverhältnis als das derzeit reale von 1:17,25 Fällen/Planstelle möglich, um den Bedarfen der jungen Menschen fachlich adäquat gerecht werden zu können. Dies bedeutet, dass bis zu 25% der WB nicht durch die öffentliche Finanzierung gedeckt sind, sondern von den Trägern aus Eigenmitteln bestritten werden.

Um der derzeitigen Neuausrichtung der Finanzierungsgrundlagen und Standards der ambulanten Maßnahmen nach §10 JGG auch wirtschaftlich gerecht zu werden, bitten wir Sie unsere oben genannten Punkte für die Beschlussvorlage an den Stadtrat/KJHA zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Holzkämper und Peter Deutsch
für die Träger der ambulanten Maßnahmen nach § 10 JGG